

## Gemeinderat lehnt Beitritt zu Städteinitiative ab

Lahr wird kein Teil der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“. Ein Antrag der Grünen blieb ohne Erfolg. Einige Stadträte befürchteten einen Vorstoß für flächendeckendes Tempo 30.

■ **Von Mark Alexander und Christian Kramberg**

**LAHR** Rund 1000 Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen sind Teil der Initiative, die 2021 gegründet wurde. Sie setzen sich dafür ein, dass Kommunen selbst entscheiden dürfen, wann und wo innerorts welche Geschwindigkeiten angeordnet werden. Der Bund solle die Voraussetzungen hierfür schaffen, so die Forderung. Grünen-Fraktionssprecher Sven Täubert sagte gleich zu Beginn: „Es geht nicht darum, flächendeckend Tempo 30 zu fordern. Es geht auch nicht um die Bundesstraße in Kuhbach und Reichenbach.“ Vielmehr ziele der Grünen-Antrag darauf, die Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen innerorts durch Kommunen zu erleichtern.

Aktueller Anlass war der Wunsch vieler Hugsweierer nach Tempo 30 auf der Hauptstraße. Auch in Kippenheimweiler hätten Ortschaftsrat und Anwohner lange um Tempo 30 auf der gesamten Ortsdurchfahrt kämpfen müssen, nannte Täubert als weiteres Beispiel. Dass die Stadt solche Beschränkungen auf Durchfahrtsstraßen aber nur bei konkreten Gefährdungen anordnen kann, stört die Grünen. Deswegen wünschten sie einen Beitritt zur überparteilichen Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit.“

Dieser Antrag blieb ohne Erfolg. Die Abstimmung fiel denkbar knapp aus. 16 Ratsmitglieder stimmten dagegen, 15 dafür. Grüne, Linke und SPD waren für den Antrag, das Zünglein an der Waage spielte einer der ihnen. Der Kuhbacher Ortsvorsteher Norbert Bühler (SPD) stimmte dagegen. Oberbürgermeister Markus Ibert unterstützte den Antrag.

Ilona Rompel (CDU) hielt überhaupt nichts vom Vorstoß der Grünen. „Es geht hier um Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts. Und das wollen wir nicht.“ Die 8000 Euro für das Hugsweierer Lärmgutachten, die die CDU kürzlich erfolgreich beantragt hatte, seien für eine Stadt wie Lahr keine hohe Hürde. Außerdem habe der Bundestag den Ländern und Kommunen bereits im Oktober dieses Jahres mehr Spielraum bei der Ausgestaltung der Straßenverkehrsordnung eingeräumt, auch mit Blick auf Tempo-30-Regelungen. Bereits in dieser Woche stehe eine weitere Beratung auf Bundesebene an, diese gelte es abzuwarten. Jörg Ufelmann (FDP) sah es ähnlich. Er glaube nicht, dass die Initiative in Berlin irgendetwas bewirken könne.

### Zusatzantrag der Freien Wähler ist nicht möglich

Eberhard Roth (Freie Wähler) störte der Fokus auf Tempo 30. In Kuhbach und Reichenbach sei Tempo 40 ausreichend, griff er die Dauerdebatte auf. „Wir brauchen punktgenaue Lösungen.“ Weil sein Erweiterungsantrag, dass der Gemeinderat am Ende über ein Tempolimit entscheidet, nach einer Sitzungsunterbrechung und juristischen Überprüfung nicht möglich war, stimmten die Freien Wähler gegen den Antrag.